

SENetz im September 2021

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



Diesmal bestimmt: Keine Experimente!! – Zwei ungeteilte Stimmen für die CSU

Verehrte Freundinnen, liebe Freunde in der SEN der CSU,

für ALLE die in der Senioren-Union, die die tägliche Berichterstattung in den Medien, insbesondere den sozialen noch nicht davon überzeugt haben, dass es in diesem Herbst am 26. September um mehr geht als um eine weitere der vielen Wahlen, die uns auffordern, das weitere Schicksal unserer Nation, des Landes oder der Kommune zu beeinflussen, nehme ich die jüngsten Kommentare von Josef Kraus, den wir schon öfter als klugen Argumentator kennengelernt haben, zum Anlass, höchste Aufmerksamkeit für den und vor dem 26. September zu erbitten. Es geht heuer tatsächlich um mehr als in den bisher 76 Jahren der Bundesrepublik. Das, was zu Zeiten von Adenauer und Strauß mit der Alternativzeile "Freiheit oder Sozialismus" überschrieben war, kommt bei all den verschiedenen Roten und Grünen 2021 als nur scheinbar geläuterter Sozialismus neu auf den Plan. RGR - rotgrünganzrot - will die Republik mit Verboten und Bestrafungen überziehen, sich die Bürger alle gefügig machen, setzt ganz unverhohlen der Sozialistenregel der Gleichmacherei die Krone auf und erwartet (beginnend mit den Grünen in Baden-Württemberg) unser aller Gefolgschaft. Hoffentlich nicht wirklich!

"Bespitzelung, Verdächtigung und Denunziation", die eine neue Linkskoalition zum System erheben will, wenn wir uns die Kevins, Eskens und Baerbocks als Führungstrio beschert haben, werden zum Auftrag für alle, werden Bürgerpflicht. Kann das sein? Tun wir uns das an? Wenn es nach dem "Trio der Roten" geht, wird der Denunziant anonym bleiben. Man liefert wie in allen Unrechtssystemen den Beklagten der staatlichen und gerichtlichen Überprüfung aus. Berlin - das liest man - tut es schon. Insbesondere unsere Landsleute, die vierzig Jahre Erfahrung mit dem Unrechtssystem im Osten und mit der Stasi mehr als wir bei den Nazis gesammelt haben, ahnen (erinnern sich), was es heißt, ungeschützter Verfolgung ausgesetzt zu sein. Baerbocks

Idee greift in die tiefste Sozialistenkiste, in das Fach dort, das Staatsterrorismus nicht ausschließt, ihn im Ansatz mit der alten Marxistenthese neu präsentiert: " Kontrolle ist besser als Vertrauen". Nein! So haben wir unseren Teil Deutschlands nicht in den Nachkriegsjahren bis 1990 aufgebaut. Schon sind es 30 gemeinsame Jahre, befreit im Osten von dortiger Stasi-Erbchaft, die uns beweisen, dass es den Irrweg des Sozialismus (auch mit unterschiedlichem Denkansatz) nicht mehr geben darf. Satttheit führt zu Sorglosigkeit. Die Lektion der letzten Jahre, die längst nicht alle mitgenommen



hat, sondern nicht wenige auch kräftig benachteiligt, braucht ein anderes Kapitel, eines das unserem S im Namen der CSU wieder Geltung verschafft. Bei den Schwachen, den Älteren und den Kranken, den vor lauter "Fridays for Future" lange zu kurz Gekommenen ist die Einseitigkeit der Ökohektik so vorübergezogen, dass sie sich vor den Neuerungen, die zwingend scheinen, fürchten. Wir werden von RGR für dumm verkauft, wenn Demonstration um

Demonstration angezettelt wird, um den Klimawandel zu stoppen, während das Innenklima in Deutschland sich in maßlosen Verdächtigungen ergeht, die die Gesellschaft spalten, ja jede Gemeinsamkeit im Umbau verhindern. Ja! Deutschland muss sich ändern, wenn seine Menschen im internationalen Wettbewerb vorn dabei sein sollen. Ideologische Experimente sind das Letzte, womit das gelingt. Sie verhindern "blühende Landschaften", die mit Kohls Ansage im Osten ja durchaus entstanden sind. Freiheit und Vielfalt sind die Devisen, die Deutschlands Kräfte neu in Gang setzen können. Dafür ist die Union zu haben und gerüstet. Auch und gerade in der Mannschaftskonstellation, die uns so viele ausreden wollen.

Die Warner dieser Tage haben Recht: Es geht diesmal nicht um "rote Socken", sondern um Hass und Hetze, die ganze Bevölkerungsgruppen an den Pranger ziehen, um ideologischer Lehre ein Recht zu verschaffen, das dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes zuwiderläuft. Wenn "die Würde des Menschen unantastbar" ist und bleiben soll, dann darf die rotgrüne und linksaußen-Masche am 26. September nicht das Sagen kriegen.

Ein bürgerliches Deutschland setzt nicht auf Verbote und Abstrafung, sondern ermutigt zu tragfähigen Alternativen, deren beste im Nachkriegsdeutschland von den Köpfen der Union installiert worden ist: die soziale Marktwirtschaft.

Dorthin müssen wir zurück, aber nicht über eine dritte Sozialismuspleite, sondern durch Selbstbesinnung auf die Antriebskräfte der Vormerkelzeit, in der wir sichtlich verlernt haben zu führen, lieber mit- und nachlaufen. Dass da Vieles anders werden muss, zeitgemäß auch neu, ist uns bewusst. Da geht es uns wie den Häuslebauern allen: Am besten wird die Reparatur des in die Jahre gekommenen Hauses den Kräften anvertraut, die das System kennen. Es geht am 26. September um unseren internationalen Anschluss und den Nachweis der Handwerkskunst im Umgang mit der Demokratie, nicht dem des Staatsdiktats.

Durfte, darf ich Sie alle mit den Krauskommentaren erinnern und noch einmal bitten:

Gehen Sie am 26. September zur Wahl oder wählen Sie schon davor die Richtigen. Wie hieß das zu meiner Zeit? "Keine Experimente!" Diesmal wären solche ganz katastrophal. In Sonderheit für uns im deutschen Süden!

Ich zähle auf Sie! Mit beiden Stimmen. Leihstimmen waren und sind immer ein Desaster, für den, der leiht!

Auf einen dann entspannten Herbst freut sich mit Ihnen allen

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Aus Tichys Einblick:

Willkommen in der „DRD“, der Denunzianten-Republik Deutschland

Von Josef Kraus

Das Portal für anonymes Steuersünderdenunzieren in Baden-Württemberg ist laut Annalena Baerbock ein Modell für ganz Deutschland. Ausgerechnet Baerbock, die „versehentlich“ vergaß, 25.000 Euro Einnahmen an die Bundestagsverwaltung zu melden.

+++++

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, dass die „BRD“ zu einer „DDR“ 2.0 verkommen ist, diesmal mit dem Namen „DRD“ (Deutsche Denunzianten-Republik Deutschland), dann liefert der „grüne“ Finanzminister Baden-Württembergs Danyal Bayaz jetzt den nächsten Beweis. Umgehend fleißig assistiert von seiner „grünen“ Kanzler:innenkandidat:in (oder so ähnlich) Annalena Baerbock will er eine anonyme Meldeplattform einrichten, mit der der brave und gut erzogene deutsche Michel jeden realen oder vermuteten Steuersünder aus dem Hinterhalt heraus denunzieren kann. „Wir müssen Orte schaffen, wo auch gemeldet werden kann, wenn man weiß, dass es zu heftigem Steuerbetrug kommt“, sagte Baerbock am Mittwochabend bei der „Bundestagswahl-Show“ im Fernsehsender ProSieben. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Eine Baerbock, die 2018 bis 2020 „versehentlich“ vergessen hatte, 25.000 Euro Einnahmen an die Bundestagsverwaltung (oder auch an das Finanzamt?) zu melden.

Aber halten wir kurz inne: Erstens gibt hier ausgerechnet ein „grüner“ Finanzminister einer grün-schwarzen Landesregierung den Vorturner. Aus der Ecke des „schwarzen“ Koalitionspartners CDU vernimmt man Schweigen. Auch vom „schwarzen“ Spitzenmann, dem CDU-Bundesvize, stellvertretenden Ministerpräsidenten im „Ländle“ sowie Innenminister namens Thomas Strobl. Baerbock indes braucht ein solches Spielchen über die Bande, denn inhaltlich hat sie ja nichts zu bieten. Und mit dieser Neidkampagne kann sie womöglich einem Mitkonkurrenten Olaf Scholz und seinem SPD-Co-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans, dem vormaligen NRW-Finanzminister und Steuersünder-CD-Käufer, ein wenig Paroli bieten.

„Verpestet ist ein ganzes Land, wo schleicht herum der Denunziant“

Aber die Sache ist – zweitens – über den Tag hinaus noch viel bedenklicher, weil sie den Grad der Verkommenheit offenbart. (Nachfolgend Auszüge aus meinem Buch „Der deutsche Untertan“)

Ja, die Geschichte der Menschheit ist voller Denunziationen. Man denke an Judas, der für Jesu Verrat 30 Silberlinge kassierte; an die Denunziationen in Zeiten der Inquisition sowie der Hexen- und Ketzerprozesse. Man denke an den Dichter des Deutschlandliedes Hoffmann von Fallersleben (1798 – 1874), dem folgender Vers zugeschrieben wird: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Und 1884 erschienen im Satireblatt „Der Wahre Jakob“ die Verse: „Verpestet ist ein ganzes Land, wo schleicht herum der Denunziant ... Der Menschheit Schandfleck wird genannt der niederträchtige Denunziant.“

Man denke an die Denunziationen in Hitler-Deutschland; an die Stalin- und Mao-Zeiten mit ihren Säuberungen; an die Denunziationen in der DDR mit ihren mehr als 90.000 Stasi-Mitarbeitern und rund 189.000 informellen Mitarbeitern (IM). Denn: Menschen sind um kleiner Vorteile willen zum Verrat bereit. Und sei es nur um des Vorteils willen, dass man sich dann gut und staattragend fühlen kann. In Kindergarten oder Schule nennt man es „Petzen“. Auf staatlicher Ebene heißt es „zivilgesellschaftliche Pflicht“. Dieses „zivilgesellschaftliche“ Netz wird immer dichter. Staatliche und semistaatliche „Spitzel“ mischen mit Meldetelefonen mit. Wieder sind wir einem Gesinnungsstaat nähergekommen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat ein „Hinweistelefon gegen Extremismus und Terrorismus“ eingerichtet. Die einschlägig bekannte Amadeu-Antonio-Stiftung hat 2018 eine Handreichung zum „Umgang mit Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit in Kitas“ herausgegeben, samt Vorwort der damaligen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Dort sind Hinweise enthalten, wie „Kinder aus völkischen Elternhäusern“ erkannt werden könnten. Das liest sich dann so: „In einer Kita fallen zwei Geschwister auf ... Diese Kinder scheinen besonders ‚gut zu spuren‘. Außerdem sind traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen erkennbar: Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert und gedrillt. Beide kommen häufig am Morgen in die Einrichtung, nachdem sie bereits einen 1,5-km-Lauf absolviert haben.“

Oder nehmen wir das „Landesantidiskriminierungsgesetz“ (LADG) von Berlin. Dort kann man als vermeintliches Opfer die Polizei anschwärzen, ohne den Beweis antreten zu müssen. Die Beweislast ist umgekehrt, die Polizei muss den Beweis antreten, dass sie

unschuldig ist. Die Universität zu Köln (UzK) rief 2020 das Projekt „Gender Equality & Diversity“ zur Antidiskriminierungskampagne #UNBOXINGDISCRIMINATION aus. Ziel: „Diskriminierung enthüllen!“ Wörtlich liest der potenzielle Denunziant: „Mit dem untenstehenden Formular können Sie erlebte oder beobachtete Diskriminierungserfahrungen an der UzK anonym teilen.“

Am 26. Juli 2020 twittert ein SZ-Redakteur namens Ronen Steinke: „Sie haben besondere Informationen zu Fällen von #Rassismus in der #Polizei von öffentlichem Interesse und wollen uns @SZ diese anonym zukommen lassen? So erreichen Sie uns“ Zugleich versicherte die SZ, die Zuträger könnten sich beim SZ-„Investigations-Team“ melden, selbstverständlich auch anonym. Und damit die Spuren verwischt würden, lieferte die SZ gleich noch Tipps mit, wie man die Spuren verwischen kann. Zum Beispiel: „Kein Telefon nutzen, keine Email schreiben!“ Parallelen drängen sich auf. Zwischen 1933 und 1945 hieß es denunziatorisch: „Franz Meier hat BBC gehört.“ 1949 bis 1989 hieß es in der DDR: „Konrad Müller hat Westfernsehen geguckt“.

Wie Rauchmelder melden Denunzianten Fälle von Nazi-, Rassismus-, Sexismus-, Nationalismus-, Klimaleugner-, Coronaleugner und Homophobie-Verdacht. Fälle aus der Nachbarschaft, Funde in den (a)sozialen Netzwerken usw. Deutschland – das Land der Zensoren? Günter Scholdt hat sich 2018 mit der „Anatomie einer Denunzianten-Republik“ befasst. Er fragt: „Kennst du das Land, wo die Zensoren blühen?“

Ja, weit haben wir es gebracht in diesem unserem Lande! Das Schlimme ist, dass der deutsche Michel sich darüber kaum noch aufregt.

(Veröffentlicht auf www.tichyseinblick.de am 02. September 2021)

Aus Tichys Einblick:

Mutig und richtig: Sachsens Kultusminister stoppt Gender-Schreibung an Schulen

Von Josef Kraus

Sächsische Schüler werden zumindest im Unterricht nicht in gegenderter Sprache unterrichtet. Ein mutiger und richtiger Schritt von Kultusminister Christian Piwarz (CDU).

+++++

Sachsens Kultusminister Christian Piwarz (46, CDU) hat die Schulen des Freistaates anweisen lassen, auf „Gender“-Schreibungen zu verzichten. Wörtlich heißt es in einer Handlungsempfehlung: „Die Verwendung von Sonderzeichen wie Gender-Stern, Gender-Doppelpunkt, Gender-Unterstrich oder Doppelpunkt im Wortinneren erfüllt weder die Kriterien für eine gendergerechte Schreibung noch entspricht sie den aktuellen Festlegungen des Amtlichen Regelwerks, welches die Grundlage für die deutsche Rechtschreibung bildet und somit auch für die Schulen gilt.“ Solche Zeichen seien daher im Bereich der Schule und in offiziellen Schreiben von Schulen nicht zu verwenden. Möglich seien freilich Formen wie „Schülerinnen und Schüler“ oder auch neutrale Formulierungen wie „Lehrkräfte“. Das Thema der geschlechtergerechten Sprache könne zudem im Deutschunterricht thematisiert werden. Das sächsische Kultusministerium orientiert sich in seiner Vorgabe an den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung. Dieser hatte im März 2021 mitgeteilt, dass der Genderstern und andere Gender-Formen im Wortinnern (Bürger_Innen; Bürger:Innen) bis auf Weiteres nicht in das amtliche Regelwerk der deutschen Sprache aufgenommen würden.

Der Links-Fraktion im Sächsischen Landtag gefällt das nicht, sie hält ein solches „Sprachverbot für sinnlos“. Warum, das sagt sie nicht. Ansonsten regte sich in Sachsen bislang kein Widerstand gegen die Handreichung des Kultusministeriums. Das ist um so überraschender, als Sachsen seit Dezember 2019 von einer Kenia-Koalition, also schwarz-grün-rot regiert wird. Immerhin sind die Roten und vor allem die Grünen ja für jeden Gender-Unfug zu haben. Nicht einmal aus dem „grün“ geführten „Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung“ kam

Widerspruch. Ist ein Koalitionskrach womöglich auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben? Oder man hat kapiert, dass die Gender-Sprache je nach Umfrage von 65 bis 87 Prozent der Menschen abgelehnt wird. Die einzige Organisation, die sich etwas, aber auch nur etwas mokiert, ist Queer. Dort beeilt man sich zu erwähnen, dass das kultusministerielle Rundschreiben „von zwei Männern“ verfasst worden sei.

Sachsen hebt sich jedenfalls erfreulich vom jüngsten Vorstoß der Kultusministerin Baden-Württembergs Theresa Schopper (Grüne) ab. Diese hatte es den Schulen im „Ländle“ im Juli 2021 freigestellt, Genderzeichen wie Sternchen oder Doppelpunkte zu benutzen – etwa in Aufsätzen oder Prüfungen. Sachsen jedenfalls geht einen Weg, den Frankreich bereits 2019 eingeschlagen hat. Der angeblich gendergerechte „point médian“ – also der Punkt zwischen dem Wortstamm und der männlichen bzw. weiblichen Form – ist Schulen und Hochschulen untersagt. „les député•e•s“ (Abgeordnete) oder „les électeur•rice•s“ (Wählern) gibt es in der Amtssprache nicht mehr. Hoffentlich folgen den Franzosen und den Sachsen endlich auch die anderen deutschen Länder. Und hoffentlich machen sich endlich auch Eltern- und Lehrerorganisationen im Interesse der Kinder gegen den Gender-Unfug stark.

(Veröffentlicht auf www.tichyseinblick.de am 01. September 2021)